



Politischer Schleudersitz.

KARIKATUR: TOMICEK

LEITARTIKEL

Neue Fragen für Europa

VON SUSANNE GÜSTEN

- Russland und Türkei einigen sich auf längere Waffenruhe in Nordsyrien
- Gemeinsame Patrouillen in der Region geplant
- Deutsche Ministerin schlägt international kontrollierte Schutzzone vor

Nach dem russisch-türkischen Deal von Sotschi steht fest: Annegret Kramp-Karrenbauers Schutzzone wird es nicht geben, denn Russland und die Türkei teilen den Nordosten Syriens unter sich auf. Kremlchef Wladimir Putin und der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan haben festgelegt, welche Soldaten in welchen Gebieten entlang der Grenze stationiert werden sollen. Eine internationale Schutztruppe werden die beiden dort nicht dulden.

Russland hat zwar versprochen, den Vorschlag der deutschen Verteidigungsministerin zu prüfen. Doch ein internationales Kontingent würde allerhöchstens als Hilfstuppe für russische oder türkische Interessen geduldet, nicht aber als eigenverantwortliche Kraft. Da ein UN-Mandat für eine Schutztruppe nur mit Zustimmung Moskaus im Sicherheitsrat zu haben wäre, gibt es für Deutschland und Europa keine Möglichkeit, einen UN-Einsatz nach ihren Vorstellungen durchzusetzen.

Dennoch hat Kramp-Karrenbauer recht, wenn sie sagt, dass sich Europa nicht weiter wie ein Zaungast in Syrien benehmen darf. Die Fluchtwelle des Jahres 2015 hat gezeigt, wie stark deutsche und europäische Interessen in dem Konflikt berührt werden. Mitmischen können die Europäer aber auch ohne Truppenentsendung – wenn sie wirklich wollen. Bisher haben sie sich um ein Engagement herumgedrückt.

Deutschland und die EU sollten darüber nachdenken, wie sie die Nachkriegsordnung in Syrien beeinflussen können. Dabei stellen sich schwierige Fragen: Unterstützt die EU eine Massen-Rückwanderung von Flüchtlingen aus der Türkei nach Syrien, wenn Ankara dafür im Gegenzug weiter garantiert, dass es keine neue Fluchtwelle nach Europa gibt? Ist Europa bereit, Milliardensummen für den Wiederaufbau Syriens bereitzustellen? Will sich die EU mit dem syrischen Präsidenten Baschar al-Assad arrangieren? Wird

Deutschland seine radikalisierten Bürger aus syrischen Internierungslagern nach Hause holen? Noch gibt es keine Antworten darauf.

Selbst wenn Bundesregierung und Bundestag die Entscheidung über die Entsendung von Bundeswehrsoldaten nach Syrien erspart bleibt: Einfach wird ein Engagement in dem Konflikt nicht, auch weil sich Deutsche und andere Europäer nicht mehr auf die USA verlassen

Amerika zieht sich gerade aus Syrien zurück und hinterlässt ein Vakuum, das von Russland und der Türkei gefüllt wird.

können. Amerika zieht sich gerade begleitet von chaotischen Twitter-Kommentaren seines Präsidenten – aus Syrien zurück und hinterlässt ein Vakuum, das von Russland und der Türkei gefüllt wird.

Viel Zeit zur Diskussion und Positionsbestimmung haben die Europäer nicht. Kommende Woche beginnen in Genf die Verhandlungen über eine neue syrische Verfassung. Weil europäische Politiker jahrelang den Kopf in den Sand steckten, nahmen sie nicht an der Auswahl der Delegierten teil. Jetzt könnten sie immerhin versuchen, auf Russland einzuwirken, um Zugeständnisse der syrischen Regierung in den Verfassungsgesprächen zu erreichen. Auch ohne Soldaten zu schicken, gibt es für Deutschland und Europa in Syrien viel zu tun.

nachrichten@freiepresse.de

DAS THEMA: KONFLIKT IN SYRIEN

„Deutschland muss runter von der Zuschauertribüne“

Angesichts des türkischen Einmarsches in Nordsyrien entfacht ein Vorstoß der deutschen Verteidigungsministerin heftige Diskussionen. Sollen deutsche Soldaten in den Nahen Osten?



Russische Soldaten patrouillieren mit gepanzerten Fahrzeugen an der syrischen Grenze nahe Ain al-Arab. Das Vakuum, das die USA mit dem Abzug ihrer Soldaten aus der nordsyrischen Region hinterlassen haben, füllen nun die Türkei, Russland und das syrische Regime.

FOTO: AP/DPA

BERLIN – Die türkischen Militärschläge gegen die nordsyrischen Kurden – bisher Verbündete des Westens – sowie Ankaras Schulterchluss mit Moskau wecken Zweifel an der Nato-Bündnistreue der Türkei. Zugleich sorgt die deutsche Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) mit ihrer Idee einer „Sicherheitszone“ für Streit. Alessandro Peduto sprach darüber mit dem Präsidenten der Gesellschaft für Sicherheitspolitik, Johannes Varwick.

Freie Presse: Die Verbindungen des Nato-Landes Türkei nach Moskau scheinen derzeit deutlich enger zu sein als jene zu den westlichen Bündnispartnern. Ist es sinnvoll, dass die Türkei weiterhin Mitglied der Nato ist?

Johannes Varwick: Die Türkei verhält sich derzeit tatsächlich so, als sei sie nicht mehr Bündnispartner. Ich bin aber dafür, dass die Nato ihrerseits alles dafür tun sollte, um die Türkei im Bündnis zu halten. Das liegt im Interesse der Nato, Europas und Deutschlands. Die Türkei ist ein zu wichtiger Partner, als dass wir sie ohne Widerstände in die Arme Russlands laufen lassen können.

Warum ist die Türkei für den Westen so wichtig? Beziehungsweise: Was spräche gegen einen Rauswurf aus der Nato?

Es gibt keinen Rauswurf aus dem Bündnis. Es muss immer alles einstimmig erfolgen, und die Türkei würde dem eigenen Ausschluss aus der Nato nicht zustimmen. Was wir derzeit erleben, ist eine gegenseitige Entfremdung. Sie ist gefährlich, weil sich die Türkei immer mehr vom Westen abwendet, und das in einer strategisch wichtigen Region, die ohne ein Nato-Mitglied Türkei potenziell eine noch größere Quelle für Instabilität wird. Vorstellbar ist sogar, dass sich Ankara eigene Nuklearwaffen zulegt, weil es sich nicht

mehr auf das Bündnis verlassen und selbst für seinen Schutz sorgen will. Doch dann würden auch andere Länder in der Region wie Saudi-Arabien nachziehen. Es käme zu einem Wettrennen. Ein anderes Szenario ist, dass sich die Türkei sehr eng mit Moskau verbündet. All das würde die Region destabilisieren und die internationale Sicherheit durch einanderbringen. Das müssen wir unbedingt verhindern.

Ist es denn denkbar, dass die Türkei Nato-Mitglied bleibt und gleichzeitig mit Russland paktiert?

Ja, das ist sogar schon passiert. Ankara hat ein russisches Flugabwehrsystem erhalten. Das war für die Nato ein schwerwiegender Vorgang. Ein Gegner der Nato hat ihren Bündnispartner mit strategischen Waffen versorgt. Die Tatsache, dass die Nato das nicht verhindern konnte, zeigt, dass sich die Türkei in Sicherheitsfragen offenkundig nicht mehr gut aufgehoben fühlt im Bündnis. Da sollten wir uns als Nato-Staaten an die eigene Nase fassen. Wir haben die Türkei in ihren Sicherheitsinteressen zu lange nicht ernst genommen.

Ist die Türkei denn noch ein verlässlicher Partner?

Nein, das ist sie im Moment nicht. Aber es ist nicht das erste Mal, dass ein Nato-Verbündeter auf Abwegen ist. Die USA, Frankreich und Großbritannien waren das auch schon in der Vergangenheit. Wichtig ist der Versuch, immer wieder eine gemeinsame Perspektive zu finden, so schwer es ist. Durch Rauswurf werden keine Probleme gelöst. Die Türkei ist Bündnispartner und hat ein Anrecht auf unseren Beistand und Solidarität, gern auch verbunden mit Kritik. Denn Ankara ist auf dem Holzweg und operiert mit völlig falschen Mitteln. Aber das ist ein Reflex auf die wilde geopolitische Lage. Das Land liegt an der Grenze zu ei-

nem riesigen politischen Flächenbrand. Das müssen wir ernst nehmen und versuchen, uns dort zu engagieren. Ansonsten wird Ankara andere Wege finden, seine Sicherheitsinteressen zu befriedigen. Wir beobachten es ja gerade.

Wo sehen Sie Versäumnisse der Nato?

Die europäischen Nato-Staaten hätten früher über eine Schutzzone nachdenken und es nicht der Türkei überlassen sollen. Zudem haben die westlichen Staaten die Kurden bewaffnet, weil man sie im Kampf gegen den IS brauchte. Die Türkei hat aber immer gesagt, dass dies nicht dazu führen darf, dass die Kurden in Syrien eine Autonomie bekommen, welche die Kurdenfrage erneut auf die Agenda setzt. Das ist in der Wahrnehmung der Türkei ein ernstes Sicherheitsproblem, auch wenn viele Partner diese Sichtweise nicht teilen. Die USA haben das zunächst berücksichtigt und haben dort Truppen stationiert. Mit deren Abzug ist nun ein Vakuum entstanden, das die Türkei füllt.

Was wäre die Lösung?

Wir sollten versuchen, das Land wieder auf den richtigen Weg zu bringen. Es wird aber nur gelingen, wenn wir Europäer bereit sind, uns im Syrienkrieg stärker zu engagieren. Die USA haben gezeigt, dass sie keine Lust mehr auf die Rolle als Weltpolizei haben. Zugleich hat Russland ein strategisches Interesse, einen Keil zwischen die Nato und die Türkei zu treiben. Derzeit ist Russland auf diesem Feld sehr erfolgreich. Dem müssten wir etwas entgegensetzen.

Die CDU-Chefin und Bundesverteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer hat eine internationale Schutzzone für Nordsyrien vorgeschlagen. Halten Sie den Vorschlag für richtig?

Ja, der Vorschlag der Ministerin ist sehr sinnvoll. Das ist der Versuch,

das Heft des Handelns wieder in die Hand zu nehmen. Der Grundgedanke dahinter ist, dass die Deutschen und Europäer runterkommen von der Zuschauertribüne. Denn die Alternative ist, dass wir die Dinge treiben lassen. Dann passiert genau das, was jetzt geschehen ist. Ich hoffe, dass EU und Nato intensiv darüber diskutieren und auch Lösungen gemeinsam mit Russland beraten. Es wäre ein Versuch, die Gräben zu Russland zu überwinden. Der Vorschlag birgt immerhin eine Chance.

Hiefie das auch, dass deutsche Soldaten in Syrien zum Einsatz kämen?

Ja. Ein Erfolg dieses Vorschlags setzt voraus, dass wir bereit sind, uns auch führend militärisch an der Umsetzung zu beteiligen.

Was wird aus den Kurden, die in jener Region leben und von der Türkei vertrieben werden?

Sie müssten eine Garantie erhalten, dass sie dort geschützt leben können. Das müssten die internationalen Truppen gewährleisten. So, wie die Dinge im Moment laufen, sind es allein die Türkei und Russland, die über das Schicksal der Kurden in Nordsyrien entscheiden. Wir sind außen vor. Das muss sich ändern.

Johannes Varwick

Der 51-jährige Politikwissenschaftler ist Präsident der Deutschen Gesellschaft für Sicherheitspolitik und Professor für internationale Politik an der Universität Halle-Wittenberg in Sachsen-Anhalt. Zuvor war Varwick Mitarbeiter der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik und lehrte in Kiel und Erlangen. Varwick berät das Auswärtige Amt und das Bundesministerium für Verteidigung. |ape



FOTO: MARLENE GAWRIGNY

Kurden bedanken sich bei Trump

US-Regierung: Türkei verkündet dauerhafte Waffenruhe – USA heben Sanktionen auf

WASHINGTON – Die syrischen Kurden haben die Rolle von US-Präsident Donald Trump bei der Vereinbarung einer Waffenruhe im Norden des Landes gelobt. „Wir danken Präsident Trump für seine uner-müddlichen Bemühungen“, die den „brutalen Angriff“ der Türkei und „dschihadistischer Gruppen“ gestoppt haben“, erklärte Maslum Abdi, Kommandeur der von der YPG dominierten Syrischen Demokratischen Kräfte (SDF). Laut SDF-Sprecher Mustafa Bali sagte Maslum, Trump habe ein Festhalten an der Partnerschaft mit den SDF und langfristige Unterstützung versprochen.

Trump hatte zuvor in Washington erklärt, die türkische Regierung habe darüber informiert, dass sie

den derzeit zeitlich begrenzten Waffenstillstand „dauerhaft“ machen werde. Die türkischen Streitkräfte würden ihre Offensive stoppen. Eine offizielle Reaktion der Türkei gab es zunächst aber nicht. Der US-Präsident hatte der türkischen Offensive durch den Abzug von US-Truppen aus Nordsyrien erst den Weg bereitet. Die Operation der Türkei richtete sich gegen die Kurdenmiliz YPG, die ein Verbündeter der US-Streitkräfte im Kampf gegen die Terrormiliz Islamischer Staat (IS) war.

Am Mittwoch kündigte Trump zudem an, die gegen Ankara verhängten US-Sanktionen würden wieder aufgehoben. Falls die Türkei ihren Verpflichtungen allerdings nicht nachkommen werde, könnten

sie wieder eingeführt und verschärft werden. Trump nannte dabei ausdrücklich den Schutz religiöser und ethnischer Minderheiten.

US-Vizepräsident Mike Pence hatte vorige Woche in Ankara einen temporären Waffenstillstand ausgehandelt, der einen Rückzug der YPG aus dem Grenzgebiet vorsah. Am Dienstagabend vereinbarten der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan und Russlands Präsident Wladimir Putin eine gemeinsame Kontrolle der nordsyrischen Grenzgebiete. Sie drohten der YPG mit Angriffen, falls diese nicht aus dem Grenzgebiet abziehen sollte. Einheiten der russischen Militärpolizei rückten am Mittwoch Richtung Nordostsyrien vor. |dpa

Leitartikel

Ministerin erläutert Vorschlag

Die von ihr vorgeschlagene Sicherheitszone in Nordsyrien will Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer von einer UN-Truppe schützen lassen – auch mit Kampftruppen. Bei der Vorstellung ihres umstrittenen Plans vor dem Verteidigungsausschuss des Bundestags sagte die CDU-Vorsitzende am Mittwoch nach Angaben von Teilnehmern, dass es für den Einsatz ein Mandat der Vereinten Nationen geben müsse und die Truppe auch von den UN geführt werden sollte. Inwieweit die Bundeswehr sich daran beteiligen könnte, ließ sie demnach aber offen. Wie viele Soldaten benötigt würden, wollte Kramp-Karrenbauer nicht abschätzen. Die Sicherheitszone könnte in Sektoren eingeteilt werden, von denen Deutschland einen übernehmen könnte. Ein solches Modell gibt es auch in Afghanistan. |dpa

IMPRESSUM

Herausgeber: Medien Union GmbH Ludwigshafen
Verlag: Chemnitz Verlag und Druck GmbH & Co. KG
 09111 Chemnitz, Brückenstraße 15
 oder 09002 Chemnitz, Postfach 261
Telefon: 0371 6560
Telefax Redaktion: 0371 656-17084
Telefax Anzeigen: 0371 656-17077
Internet: www.freiepresse.de
E-Mail: die.tageszeitung@freiepresse.de
Geschäftsführer: Dr. Michael Tillian
Chefredakteur: Torsten Kleditzsch
 (verantwortlich für den redaktionellen Teil)
Stellvertretende Chefredakteur:
 Udo Lindner, Jana Klameth
Mitglied der Chefredaktion: Sascha Aurich
Anzeigenleitung:
 Gesamt: Tobias Schniggenfittig
 (verantwortlich für den Anzeigenteil)
 National: Alexander Arnold
Leiter Leserkontakt: Arne Stuck

Der Abonnementpreis der Freien Presse beträgt monatlich 32,50 € frei Haus und ist im Voraus zu bezahlen, bei Postbezug im Inland 41,90 €, jeweils einschließlich 3 % Mehrwertsteuer.

Abbestellungen können nur zum Quartalsende ausgesprochen werden und müssen sechs Wochen vorher schriftlich beim Verlag oder den Geschäftsstellen vorliegen. Die Zusteller sind nicht berechtigt, Abbestellungen anzunehmen.

Sämtliche Beiträge in der Freien Presse oder in Freie Presse Online unterliegen dem Schutz des Urheberrechts. Zweitverwertungsrechte an Freie Presse-Beiträgen (für Pressespiegel, Archive etc.) können erworben werden bei der PMG Presse-Monitor GmbH, Markgrafenstraße 62, 10969 Berlin, Telefon: 030 284930, E-Mail: info@presse-monitor.de, oder direkt beim Verlag.